

**Berichte aus Stadt
und
Kanton Zürich**



**2. Hälfte
Monat März 2021**

17. März

Gegen den geplanten Abbruch der Maag-Hallen hat sich eine breite Allianz aus Menschen aus der Kulturszene und Politikern gebildet. Auf dem Maag-Areal gibt es einen Theatersaal mit 900 Plätzen und die Tonhalle Maag mit 1250 Plätzen. Für den akustisch berühmten Tonhalle-Maag Saal dürfte es keine Rettung geben, da eine solvente Trägerschaft nach dem Auszug der Tonhalle-Gesellschaft nicht hat gefunden werden können. Beim Theatersaal dies nicht das Problem, sondern die Profitinteressen der Bauherrschaft, der Swiss Prime Site (SPS). Wir geben dem Erfolg der breiten Allianz nur wenig Erfolgsschancen, aber lassen wir uns doch überraschen.

Die Stadt Zürich hat ihren Rechnungsabschluss vorgelegt. Die Stadt weist einen Gewinn von 54,6 Millionen Franken aus, 27,5 Millionen besser als budgetiert. Die Steuereinnahmen beliefen sich auf 2.9738 Milliarden, der ganze Ertrag wird mit 8.8494 Milliarden Franken ausgewiesen. Dem steht ein Gesamtaufwand von 8.7947 Milliarden Franken gegenüber. Die Investitionen belaufen sich auf 1.2224 Milliarden. Nach dem zusätzlichen Abbau von Schulden beträgt das Eigenkapital der Stadt stolze 1,5 Milliarden Franken. Der verantwortliche Stadtrat Leupi (Grüne) und fast alle politischen Parteien weisen darauf hin, dass die kommenden Jahre sehr viel schwieriger werden dürften. Dies aus Corona-Gründen, aber auch wegen der Unternehmenssteuerreform die ab dem Jahre 2021 greifen wird.

18. März

Corona ist weitgehend für das Defizit der beiden Stadtpitäler Waid und Triemli verantwortlich. Dieses beträgt für die Waid 8.5 Millionen Franken, für das Triemli sind es 31.3 Millionen Franken. Dies ist besser als erwartet. In beiden Spitälern zusammen wurden 758 Covid-19 Patient*innen behandelt.

In Oerlikon soll ein Kongresszentrum für bis zu 5000 Teilnehmenden entstehen, und zwar aus dem Zusammengehen von Messe Zürich und dem Hallenstadion. Dies als Konkurrenz zu Stuttgart, Berlin und anderen Grossstädten. Bislang war die Obergrenze bei 1500 Teilnehmenden. Hauptsächlich in den Branchen Fintech, Medizin oder IT scheint es ein Bedürfnis für so grosse Veranstaltungen zu geben. Die Befürworter eines Kongresszentrums auf dem heutigen Carparkplatz (dem ehemaligen autonomen Jugendzentrum der 80er Jahre) wollen ihre Pläne aber nicht begraben, im Gegenteil, sie sehen das Projekt in Oerlikon als Testbetrieb, der aufzeigen soll, ob tatsächlich so grosse Kongresse nach Zürich geholt werden können.

Am 6. Februar wurde an dieser Stelle von den Bauplänen der COOP am Sihlquai berichtet. Inzwischen ist das COOP-Projekt im Gemeinderat gelandet. Dort werden Sonntagsreden gegen das Vorgehen von COOP gehalten. COOP allerdings will weder das Haus der Stadt verkaufen noch vom Sanierungsprojekt Abstand nehmen. Eine Verstaatlichung wurde nicht vorgesehen...

19. März

Wir werden zunehmend von Videokameras überwacht. Kürzlich erst wurde die Überwachung rund um das Seebecken verstärkt, heute steht die Ausrüstung der Stadtpolizist*innen mit Uniformkameras zur Diskussion in der zuständigen Gemeinderatskommission. Sollen die Bodycams auch im unfriedlichen Ordnungsdienst zum Einsatz kommen? Wer entscheidet darüber, ob die Kamera eingeschaltet werden soll. Nur der einzelne Polizist, die einzelne Polizistin? Es handelt sich hier wohl um einen weiteren Schritt hin zum Überwachungsstaat.

Kürzlich war von einem Gerichtsentscheid die Rede, der Die Umkleidezeit als Arbeitszeit anerkannte. Jetzt zieht der Kanton nach: Die Umkleidezeit von kantonalen Angestellten gilt generell als Arbeitszeit.

Das Art Dock darf für weitere fünf Jahre in den Hallen des ehemaligen Güterbahnhofs bleiben. Das Hochbauamt und die zuständige, kantonale Behörde haben sich endlich doch noch getroffen! Ein Besuch beim Kunstprojekt von Architekt Ralph Bänziger ist sehr zu empfehlen. Öffnungszeiten siehe Homepage.

Die SP der Stadt Zürich will, dass die Stadt Zürich pro Jahr 500 Wohnungen kaufe, auch teure, zum Maximalpreis. Preisvorstellung: 4-Zimmer-Wohnung für Fr. 2500.00/Monat. Wer soll denn das bezahlen? Vielleicht die neue Wählerschaft der ehemaligen Arbeiterpartei, der gehobene Mittelstand?

20. März

Velostrategie 2030! Wie wird der Stadtrat wohl die Volksinitiative «Sichere Velorouten» umsetzen. Man wartet gespannt auf die Botschaften aus dem Stadthaus. Jetzt wird eine erste Tranche des Planes bekannt: Die Stadt will vier Vorzugsrouten bis zum Jahre 2022 realisieren, und zwar an der Baslerstrasse, dem Bachmannweg, der Sonnegstrasse und Scheuchzerstrasse und an der Mühlebachstrasse. Auf diesen Vorzugsrouten wird das Velo absoluten Vortritt haben, die Spuren werden 1,5 bis 2 Meter breit sein.

Die Klimajugendlichen haben nicht aufgegeben. Trotz des Demo-Verbotes versammelten sich einige hundert Personen auf dem Sechseläutenplatz, schön in Fünfergruppen, mit Maske und Abstand. Trotzdem schritt die Polizei ein und notierte die Personalien der Demonstrierenden. Drei Personen wurden abgeführt.

22. März

Aufgerufen zu einer neuen Demonstration hat das feministische Streikkollektiv Zürich. Am Samstag versammelten sich dann einige Hundert Frauen auf dem Helvetiaplatz, um gegen das brutale Vorgehen der Polizei bei den Demos um den Internationalen Frauentag vom 8. März zu protestieren. Auch wurde generell gegen das vom sozialdemokratischen Regierungsrat Mario Fehr erlassene Verbot von politischen Demonstrationen gekämpft, erlaubt der Bundesrat doch solche Demos. Die Polizei war in übermächtiger Anzahl vor Ort, hat aber dann einen Umzug der Frauen nur begleitet, nicht verhindert. So blieb denn alles friedlich, Sachbeschädigungen blieben aus, wie die NZZ befriedigt vermerkt.

23. März

Die Freisinnigen stehen zu Ihrer Identität als Vertreter*innen der Besitzenden. Die Grundstückgewinnsteuer ist ihnen ein Dorn im Auge. Wenn ein Eigentümer von Grund und/oder Boden sein Eigentum verkauft, so fallen je nach Dauer des Besitzverhältnisses Steuern an. Dauerte das Besitzverhältnis 20 oder mehr Jahre, so wird 50% des Mehrwertes, also jenes Betrages, der sich aus dem Unterschied zwischen dem Ankaufspreis und dem Verkaufspreis der Immobilie errechnet, als Grundstückgewinnsteuer verlangt. Sind keine Ankaufspapiere mehr vorhanden und hat der Besitz sicherlich mehr als 20 Jahre gedauert, so wird der Wert vor 20 Jahren geschätzt und mit dem Verkaufspreis verglichen. Der freisinnige Kantonsrat fordert nun, wesentlich tiefere Steueransätze. So sollen die Steuersätze stetig reduziert werden und bei 20 Jahren sollen nur noch 10% verlangt werden. Dies würde zu beachtlichen Steuerausfällen führen, nicht nur beim Kanton, sondern auch bei den Gemeinden, die auch von dieser Steuer profitieren.

Ein elektronisches Patientendossier wäre sicherlich etwas sehr Sinnvolles. So wird denn auch auf verschiedenen Ebenen an einem Solchen gearbeitet. Im Kanton Zürich ist dies eine Firma namens AXSANA AG, die vom früheren freisinnigen Regierungsrat Thomas Heiniger präsiert wird, und zwar auch damals, als er noch Regierungsrat war. Das Patientendossier hätte im April 2020 einsatzbereit

sein sollen. Es ist es bis heute nicht, es fehlt die Zertifizierung des Betriebssystems. Axasana hat offensichtlich massive Geldprobleme. Da sollen nun die Kantone einspringen. Für den Kanton Zürich sind Franken 350000.00 zusätzlich im Spiel. Dieses Trauerspiel wird weiter gehen. Wir bleiben dran...

Da gab es doch einmal eine Volksinitiative der JUSO mit dem Titel: «Zürich autofrei». Das Bundesgericht hat sie leider als ungültig erklärt. Nun kommt der rot-grüne Stadtrat mit einer Vorlage. Diese will fünf Strassen während der Sommerferien für den motorisierten Durchgangsverkehr sperren und diese zu Spielstrassen für die daheim gebliebenen Kinder machen. Strassencafés sind auch erwünscht. Anwohner, Rettungsfahrzeuge, Fahrräder und Zubringerdienst sind nicht betroffen Für die NZZ ist dies schon eine Frechheit. Sie schreibt: «Zürich autofrei» durch die Hintertüre? Man will wohl auf diese Art auf das Verbot des Bundesgerichtes reagieren, schreibt die SVP. Wir wünschen gute Fussballspiele auf den gesperrten Strassen!

24. März

Grabesstille in Zürichs Lokalpolitik. Nur eine Meldung, die eigentlich bei den Faits Divers zu Hause ist: Der Böög wird in diesem Jahr nicht auf dem Sechseläuteplatz verbrannt, sondern auf der Teufelsbrücke hoch oben im Urner Reusstal, in der Schöllenschlucht. Der Teufel selbst soll einst diese Brücke gebaut haben, unter der Bedingung, dass die erste Seele, die sie überquert, ihm gehört. Die schlauen Urner*innen trieben darauf einen Geissbock über die Brücke... «Nun opfern wir unseren Böög in der Hoffnung, den Teufel Corona loszuwerden» lassen sich die Veranstalter*innen zitieren.

25. März

Die Stadt Zürich ist dabei, ein zusätzliches Instrument zum Bau günstiger Wohnungen zu implementieren. Jene Hauseigentümer*innen, denen eine zusätzliche Ausnützung Ihrer Liegenschaft zugestanden wird, sollen von den zusätzlich möglichen Wohnungen 50% als günstige Wohnungen bauen. Günstig in diesem Sinne heisst allerdings nicht, dass diese Wohnungen die Kriterien erfüllen würden, die für gemeinnützige Wohnungen bestehen. Sie können also auch nicht zum Drittelziel gezählt werden, das heisst, dass die Stadt bis zum Jahre 2050 einen Drittel aller Wohnungen als gemeinnützig bezeichnen kann. Dies neuen Wohnungen sollen in einer eigenen Kategorie geführt werden, sie werden aber gemäss Stadtrat doch dazu führen, dass viele erschwingliche (= Kostenmiete) Wohnungen gebaut werden. In einer ersten Reaktion erinnert die SP an ihre Anregung vom 19. März, wonach die Stadt pro Jahr 500 Wohnungen auf dem Wohnungsmarkt kaufen solle. Wieder einmal wirft sich die SP in Positur zur Verteidigung der Interessen ihrer gutverdienenden Wählerschaft. Hat sie sich wohl vom Drittelziel verabschiedet? Der Hauseigentümergeverband qualifiziert diese Neuerung als «Bürokratiemonster» und lehnt sie deshalb ab. Dass die SVP ins selbe Horn stösst, dürfte niemanden erstaunen.

26. März

Es geht ja nichts mehr ohne Anglizismen! Der Regierungsrat berichtet über einen Bio-Technopark in Schlieren auf dem ehemaligen Gelände der Wagonfabrik. Dort wurden in den letzten 10 Jahren 5000 Jobs geschaffen im Bereich von Life-Science. Damit hat es in dieser Branche 19000 Arbeitsplätze im Kanton Zürich. Es ist dies eine schnell wachsende Branche, die im Jahre 2019 immerhin 5,3 Milliarden Franken an Wertschöpfung erzielt hat.

«Carlos» ist nicht nur ein Südamerikanischer «terroristischer» Revolutionär, sondern auch ein Jugendlichere aus Zürich, der schon mit der Jugendanwaltschaft, den Gerichten und auch verschiedener Arten von Gefängnissen Bekanntschaft gemacht hat. Das Haftregime wurde immer mehr verschärft, bis er schliesslich tagelang ohne Matratze auf dem Boden schlafen musste drei

Wochen lang nicht Duschen durfte und bekam er zum Teil auch keine Zahnbürste, zusätzlich musste er ständig Fussfesseln tragen und durfte nie auf den Spaziergang. Seine einzige Kleidung war ein Papierumhang. Carlos hat gegen den Kanton geklagt wegen Verletzung seiner Menschenrechte. Nun hat er vom Bezirksgericht Zürich Recht bekommen. Das Gericht rügt den Kanton. Der Kanton lässt durchblicken, dass er das Urteil nicht weiterziehen wird.

Planen ist in Zürich keine einfache Sache. Da gibt es den Kantonalen Richtplan als übergeordnete Instanz, dann kommt die Städtische Bau- und Zonenordnung, die für Alle verbindlich ist und jetzt stellt der Stadtrat noch den Siedlungsrichtplan mit einem Zeithorizont bis 2040 vor. Dieser Richtplan ist nach der Beratung im Gemeinderat für die städtischen Behörden verbindlich, für Private dagegen nicht. Nach einer Vorgabe durch den Kanton soll Zürich in den nächsten 20 Jahren um 80'000 Einwohner*innen wachsen. Geplant werden Gebiete, in denen dichter gebaut werden soll, als es die Bau- und Zonenordnung heute erlaubt. Es sollen rund 40 Quartierzentren entstehen, die den Bewohner*innen erlauben sollen, in einer «Stadt der kurzen Wege» zu leben. Der Plan gibt vor, wo Zürich hauptsächlich wachsen soll, nämlich im Westen und Norden der Stadt, in Altstetten und Oerlikon/Seebach/Affoltern. Dieses Wachstum führt zu einem Bedarf an 14 zusätzlichen, neuen Schulhäusern mit rund 400 Klassenzimmern. Die Rot-Grüne Mehrheit benutzt den Richtplan, um Themen im Bereich Klimapolitik, die Reduktion des Autoverkehrs, die Veloförderung und die Schaffung von mehr Grünraum detailliert im Richtplan festzuschreiben. Zusätzlich soll das Instrument der Arealüberbauung durch den «sozial verträglichen» Gestaltungsplan abgelöst werden. Da also vom Staat zu viel festgelegt werden könne, lehnen die SVP und die FDP den Plan grundsätzlich ab. Die Freiheit der Privaten soll nicht beschnitten werden. Uns dürfte hauptsächlich interessieren, wieviel Fleisch am Knochen beim «Sozial verträglichen Gestaltungsplan» dran ist.

27. März

Sie ist die älteste Kehrlichtverwertungsanlage der Schweiz, die zweite dieser Art auf dem europäischen Festland, die KVA Josefstrasse. Die Abwärme der KVA versorgt ein grosses Fernheiznetz, nämlich 80% der Liegenschaften des Quartiers, darunter auch den Prime Tower, den Hauptbahnhof, die Europaallee. Per Ende März wird die Anlage abgeschaltet und durch eine neue Zentrale ersetzt. Das 90 Meter hohe Kamin bleibt aber bestehen. Auf einem Teilbereich des Areals entsteht eine neue Energiezentrale, die Wärme speichern und Zürich-West mit Energie versorgen wird. Das Josefareal verfügt über eine Fläche von 20'000 Quadratmetern. Die neue Zentrale wird nur 4000 Quadratmeter benötigen. 16'000 Quadratmeter stehen also für die Bedürfnisse der Bevölkerung zur Verfügung. Es wird ein entsprechendes Konzept ausgearbeitet.

Die Stadt Zürich hat von der Zürcher Kantonalbank ein Jubiläumsgeschenk von 13,6 Millionen Franken erhalten. GLP, EVP, FDP und SVP wollten das gesamte Geld für die Milderung der finanziellen Folgen der Corona-Pandemie verwenden. Die Ratslinke setzte aber durch, dass 7 Millionen für Projekte für armutsbetroffenen Personen investiert werden. Die restlichen 6,6 Millionen sollen in Projekte fliessen, die dem Klima sowie Kindern und Jugendlichen zugutekommen.

29. März

Am vergangenen Samstag demonstrierten in Zürich einige Hundert Leute. Aufgerufen zur Demo hatte ein Kollektiv «linker, widerständiger, revolutionärer Zusammenschluss». Es wurde gegen die Tatsache protestiert, dass die Industriestaaten 60% aller Impfstoffe (gegen Corona) gekauft haben, obschon sie nur 16 % der Weltbevölkerung ausmachen – während ärmere Leute leer ausgingen. Die Polizei war da mit Wasserwerfern, Gummischrot und Vollmontur. Es gab 5 Festnahmen und mehrere Dutzend Kontrollierte.

30. März

Im Rafzerfeld wurde, wie berichtet, eine Plafonierung des Kiesabbaus beschlossen. Jetzt hat die bürgerliche Mehrheit beschlossen, dass von diesem Plafond abgewichen werden kann, in klar definierten Ausnahmen. Der Profit geht vor...

Vor kurzem wurde im Kantonsrat eine Klimastrategie im Bereiche Hausheizung gegen den Willen von SVP und FDP beschlossen. Jetzt hat man sich zu einem Kompromiss zusammengerauft, der vor allem Präzisierungen zur Härtefallregelung sowie zum Preisvergleich zwischen Heizungen mit Öl und Anlagen, die mit erneuerbaren Energien funktionieren. Mit diesem Kompromiss konnte der Freisinn mit ins Boot geholt werden. Nur die SVP steht noch abseits.

31. März

Das Zürich Pride Festival am 18. Und 19. Juni auf dem Zürcher Kasernenareal ist abgesagt. Die Organisator*innen halten aber an der Demo in der Innenstadt fest.

Die Alternative Liste AL hat an ihrer Vollversammlung mit 25 zu 5 Stimmen beschlossen, den Stadtratssitz von Richi Wolf zu verteidigen. Ob dies mit Wädi Angst oder mit Olivia Romanelli geschehen wird, soll an einer VV am 25. Mai entschieden werden.

Der Gesundheitsvorsteher der Stadt Zürich, Stadtrat Andreas Hauri, hat auf Grund einer Anfrage der AL im Gemeinderat ein Konzept vorgelegt, wie Menschen ohne Krankenversicherung und ohne Ausweispapier eine medizinische Behandlung erhalten können. Dass die SVP dagegen ist, erstaunt niemanden, aber jetzt kommt auch Widerstand aus den eigenen, grünliberalen Reihen. Dort wird moniert, dies sei eine Aufgabe des Kantons, nicht der Stadt.